

**Christian Albrecht**  
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Landeshaus, 24171 Kiel  
Postfach 7121  
Telefon: 0431/9881488  
Telefax: 0431/9881497  
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de  
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

**Nr. 121/2000**

**Kiel, Freitag, 30. März 2001**

Schulen/PC-Betreuung

## **Ekkehard Klug: „Überstunden-Boycott“ der Netzwerkadministratoren bringt Multimedia-Unterricht zum Erliegen**

**- Bei „Schulen ans Netz“ heißt es ab Anfang Mai: „Heide allein mit der Maus“ -**

Zu der Absicht der im „AdminForum Schleswig-Holstein“ ([www.adminforum-sh.de](http://www.adminforum-sh.de)) zusammengeschlossenen Systembetreuer schleswig-holsteinischer Schulcomputernetze, vom 1. Mai an keine Überstunden mehr zu leisten (s. Anlage), die durch Systemadministration und –wartung verursacht werden, erklärt der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die Unfähigkeit der Landesregierung, eine Regelung für die Betreuung der Schulcomputernetze zu finden, bringt demnächst den Multimedia-Unterricht zum Erliegen. Besonders an größeren Schulen mit umfangreichen Computernetzen wird der ‚Überstunden-Boycott‘ der Netzwerkadministratoren Sand ins Getriebe der neuen Unterrichtsmedien streuen“.

Klug wies darauf hin, dass die F.D.P.-Landtagsfraktion bereits im Januar mit einem Antrag im Landesparlament die Regierung aufgefordert habe, endlich eine Lösung für die Betreuung der Schulcomputernetze zu finden.

Wörtlich meinte der F.D.P.-Politiker: „Nun rächt sich die Untätigkeit der Landesregierung. Ab Anfang Mai heißt es bei der Aktion ‚Schulen ans Netz‘: ‚Heide allein mit der Maus‘.“

Anlage



**Presseinformation**

## Resolution zur Frage der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte, die als Systembetreuer eingesetzt werden.

***Das AdminForum Schleswig-Holstein ruft alle Kolleginnen und Kollegen, die an den Schulen Computeranlagen betreuen, auf, ab 1.5.2001 keine Überstunden mehr zu leisten, die durch die Systemadministration und -wartung verursacht werden.***

Dieser Schritt ist unvermeidbar, weil das Bildungsministerium trotz zahlreicher Appelle der Eltern- und Lehrerverbände und des AdminForums Schleswig-Holstein sowie aus den Landtagsfraktionen immer noch keine wirksamen Schritte zum Abbau der zusätzlichen Belastungen von Systemadministratorinnen und Systemadministratoren unternimmt. Statt dessen wird die Bedeutung und Notwendigkeit dieser wichtigen Arbeit nicht anerkannt und die Öffentlichkeit mit für die Schulen ungeeigneten Strukturen wie dem server- und administratorlosen Netzwerk in die Irre geführt.

Eine solche Politik, die über Jahrzehnte hinweg die Arbeitsleistung von Lehrerinnen und Lehrern, die sich in ihrer Freizeit autodidaktisch fortgebildet haben und mit viel Einsatz und unter persönlichen Opfern die Schulen am Netz halten, als kostenlose Dienstleistung einkalkuliert, verstößt gegen die Gebote zur Fürsorge und Gleichbehandlung.

Wir sind uns bewusst, dass diese Aktion zur Einstellung des multimedialen Unterrichts und starken Einschränkungen bei der Computernutzung überhaupt führen kann. Angesichts von Überstundenbergen bis zu 500 Stunden pro Jahr, die zum Teil gesundheits- und familienbedrohende Ausmaße annehmen, ist eine Abwägung zwischen den existentiellen Interessen der Beschäftigten und dem berechtigten Interesse der Schülerinnen und Schüler nach umfassender Qualifikation notwendig.

Da sich das Ministerium trotz vorhandener Lösungsvorschläge weigert, das Problem mit den Betroffenen zu diskutieren und es umfassend zu lösen, sehen wir keine andere Möglichkeit, auf diese Situation aufmerksam zu machen. Der Blick auf andere Bundesländer zeigt, dass dort bereits Lösungsmöglichkeiten entwickelt wurden. Die Landesregierung kann nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Bedeutung und Priorität der Ausbildung im IT-Bereich betonen und sich dann weigern, dafür notwendige personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Das AdminForum Schleswig-Holstein hat dem Ministerium mehrfach vorgeschlagen, einen Gesprächskreis über das IT-Management an Schulen einzurichten, der aber von dort aus nicht initiiert wurde. Es ist nach wie vor bereit, daran mitzuwirken, um zu einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösung zu kommen.

Online abgestimmt und angenommen am 27.03.2001